

Jurek Becker wunderte sich in einer Frankfurter Vorlesung zur Poetik am 30. Mai 1989 darüber, warum es „keinen nennenswerten Bedarf an Auflehnung, Widerspruch und dergleichen“ im Westen gebe und sich die Schriftsteller so wenig empörten. Er wolle seine Zuhörer nicht mit einer Liste von Empörungsvorschlägen langweilen, sagte er, doch „wie wäre es mit diesem einen: Die moderne, freiheitliche, demokratische Industriegesellschaft bringt uns um, nicht mehr und nicht weniger. Und zwar nicht allegorisch, sondern buchstäblich. Und nicht nur uns, in der näheren Umgebung, sondern alle: die Menschheit.“

Was vor 31 Jahren für Jurek Becker – und nicht nur für ihn – offensichtlich war, ist es heute mehr denn je. Unser „way of life“, das an Maximalprofit und Wachstum orientierte „weiter so“ bringt die Menschheit um. Die Frontstellungen des Kalten Krieges und seiner Aufrüstungsspirale sind modifiziert zurückgekehrt, die soziale und ökonomische Polarisierung setzt sich unaufhörlich fort, national wie international. Die sogenannte Asylreform der EU höhlt das Asylrecht noch weiter aus und liefert in einem Akt der Kollaboration die Flüchtlinge Kriminellen aus oder überlässt sie bestenfalls ihrem Schicksal.

Und da sollen wir uns mit dem Jahr 1990 und dem Beitritt beschäftigen?

Ja, unbedingt! Wir müssen es sogar. Denn damals, so meine These, erlebte der stets in Frage gestellte Kapitalismus eine Bestätigung, die ihn zum vermeintlichen Sieger der Geschichte kürte und Alternativen in den Köpfen und der alltäglichen Praxis tilgte. Der Kapitalismus schien so deutlich gewonnen zu haben, dass sogar sein schlecht beleumundeter Name aus der Öffentlichkeit verschwand und diejenigen, die ihn weiterhin beim Namen nannten, als ewig Gestrige galten. Paradoxer Weise folgte diese Siegerehrung auf die Selbstermächtigung der Bevölkerung in Osteuropa, einschließlich der DDR. Dort war plötzlich das Noch-Nie-Versuchte, nämlich Gemeineigentum und Demokratie, nicht nur greifbar, sondern wurde ansatzweise Ende 89 und Anfang 90 praktiziert. Freiheit und Demokratie machten vor der Ökonomie nicht Halt. Ob im Betrieb, der Schule, dem Institut oder der Uni - allerorts wurde versucht, diejenigen an die Spitze zu wählen, die als fähig und vertrauenswürdig galten. Die Beschäftigten sollten als Eigentümer Verfügungsgewalt über ihre Betriebe erlangen. Es würde lohnen, nochmals genauer hinzuschauen, wie dieser Prozess abgebrochen wurde. Hier sei nur ein Punkt genannt: Als die Ost-CDU Anfang Februar 1990 in der Wählergunst bei 11% lag, und damit um ein Prozent hinter der PDS, gründete Helmut Kohl am 6. Februar in Westberlin die „Allianz für Deutschland“, ein politisches Bündnis, das die schnelle Einführung der D-Mark im Osten versprach. Nicht nur Bundesbankpräsident Pöhl war entsetzt. Erst

sechs Tage danach ist jenes stark rezipierte Plakat an Bambusstöcken nachweisbar, das androht, zur D-Mark zu gehen, käme diese nicht in den Osten. Statt einer Vereinigung, die womöglich auch den Westen auf den Prüfstand gestellt hätte, gab es nur einen Beitritt. Die Ergebnisse für den Osten sind bekannt: Siebzig Prozent Deindustrialisierung, mehr als in jeden anderen Land des Ostens, vier Millionen Arbeitslose, 2,2 Millionen Haushalte waren von der Maßgabe „Rückgabe vor Entschädigung“ betroffen und mussten um ihre Wohnung, ihr Haus oder Grundstück fürchten oder verloren es. Kein Wunder, dass auch die Geburtenrate einbrach. Die Treuhand und sogenannte Altlasten (Schulden, die keine tatsächlichen Schulden waren und laut Bundesbankpräsident Pöhl mit einem Federstrich zu tilgen gewesen wären) sorgten dafür, dass das Territorium der DDR zu einem staatlich hochsubventionierten Absatzmarkt ohne ökonomische Konkurrenz wurde. Heute gibt es kein Gebiet in Europa, in dem der Bevölkerung so wenig von dem Grund und Boden gehört, auf dem sie lebt, in der so Wenige Immobilien und Betriebe ihr eigen nennen können wie im Osten Deutschlands. Hinzu kommt, dass selbst im Osten Führungspositionen mehrheitlich nicht in Händen der Ostler sind, bundesweit gesehen sind es nur 1,7 Prozent. Die Abwanderung, die man vermeiden wollte, stieg nach der Einführung der D-Mark stark an. Eine Stadt wie Altenburg schrumpfte von 51.000 Einwohnern Ende 1989 auf 32.000 Einwohner im letzten Jahr. Dies kann als exemplarisch gelten, sieht man

von Zentren wie Berlin, Leipzig, Jena, Erfurt oder Dresden ab. Diejenigen, die weggegangen sind, waren eher jünger als älter, eher Frauen als Männer und eher gut ausgebildet.

Der Verweis auf die angebliche Alternativlosigkeit der damaligen Entscheidungen, also der Alternativlosigkeit zum Kapitalismus, lähmt noch heute unser Denken, Fühlen und Handeln.

Viel wäre schon gewonnen, würde zum 30. Jahrestag des Beitritts in der Öffentlichkeit nicht nur die ehemalige DDR problematisiert, sondern auch die ehemalige BRD. Dabei geht es nicht um ein besser und schlechter, nicht um eine Aufrechnung, um Gleichheits- oder Ungleichheitszeichen, sondern darum, wo wir in Ost wie in West, in West wie in Ost Anregungen und Anknüpfungspunkte finden für eine Friedenspolitik, für soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung, für einen Ausgleich von Nord und Süd, für ein Denken und Handeln jenseits von Wachstum- und Profitstreben. Ein Widerspruch gegen den Status quo, ein Dringen auf Veränderung ist keine Frage des Ermessens mehr, sondern des Überlebens.